

ILO-Konferenz

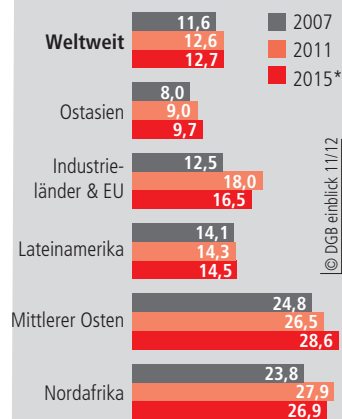
Für eine sozial gerechte Welt

Noch bis zum 15. Juni beraten die Delegierten der 101. Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation ILO in Genf darüber, wie in Krisenzeiten Arbeitnehmerrechte und soziale Gerechtigkeit weltweit gesichert werden können. Bei der Eröffnung warnte der scheidende ILO-Generalsekretär Juan Somavia vor einem strengen Sparkurs als alleinigem Instrument zur Euro-Rettung. „Ausschließlich Sparen als Kurs zur finanziellen Konsolidierung führt zu wirtschaftlicher Stagnation, zum Verlust von Arbeitsplätzen, reduziertem sozialem Schutz und hohen menschlichen Kosten.“ Nötig seien „produktive Investitionen in nachhaltige Unternehmen, die Jobs schaffen, die Nachfrage durch Konsumenten und zugleich Steuereinnahmen erhöhen“.

Maßnahmen gegen die weltweite Jugendarbeitslosigkeit und die Jobpotenziale einer ökologischen Wirtschaft gehören zu den Schwerpunkten der zweiwöchigen Jahrestagung der UN-Sonderorganisation, an der Delegierte aus 185 Mitgliedsländern – VertreterInnen der Regierungen sowie der nationalen Arbeitnehmer- und Arbeit-

Besserung kaum in Sicht

Jugendarbeitslosenquote weltweit und in ausgewählten Weltregionen (in Prozent)



*ILO-Prognose
Quelle: ILO-Report Globale Beschäftigungstrends Jugend, Mai 2012

Angesichts der anhaltenden Jugendarbeitslosigkeit weltweit warnt die ILO vor einer „verlorenen Generation“. Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit stehen ganz oben auf der Agenda der diesjährigen ILO-Konferenz.

geberorganisationen – teilnehmen. „Die ILO muss jetzt Antworten auf die Krise und auf die weltweite Jugendarbeitslosigkeit finden und gemeinsam mit den Sozialpartnern umsetzen“, betont der DGB-

Vorsitzende Michael Sommer, der auch IGB-Präsident und Mitglied im ILO-Verwaltungsrat ist.

Für einen Eklat sorgten die Arbeitgebervertreter am 4. Juni in dem ILO-Ausschuss, der sich mit den schlimmsten Fällen von Arbeitnehmerrechtsverletzungen beschäftigt. Sie verweigerten jede Diskussion darüber. Aus Sicht der Gewerkschaften untergräbt diese Haltung die Grundlagen „eines der wirksamsten Menschenrechtsmechanismen in internationalen System“, erklärt IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow. „Die Arbeitgeber versuchen, die schlimmsten Missbräuche zu verschweigen, und verhindern, dass durch eine internationale Prüfung der Fälle Menschenleben gerettet werden können.“ Die Arbeitgeber hielten weder eine Debatte über die 29 in 2011 ermordeten GewerkschafterInnen in Kolumbien für notwendig noch über die Gewalt, die GewerkschafterInnen in Guatemala, Swasiland oder in Ägypten ausgesetzt seien.

Aus Sicht des IGB gefährdet das die Grundlagen des tripartistischen Systems der ILO, das sich gerade in der Krise bewährt hat. Eine Stärkung der ILO erhofft sich der DGB dagegen mit der Wahl von Guy Ryder zum neuen ILO-Generalsekretär ab Oktober 2012 (siehe Seite 8). „Gemeinsam mit Guy Ryder an der Spitze können wir die ILO zum Exzellenzzentrum für die Welt der Arbeit machen“, erklärt der DGB-Vorsitzende. „Eine ILO, die für eine sozial gerechte Welt der Arbeit steht, die gegen prekäre Beschäftigung und für soziale Arbeit eintritt.“

Seite 3

Schlecker-Insolvenz

Rund 25 000 Beschäftigte stehen nach dem Aus der Drogeriekette vor dem Nichts. ver.di fordert einen Sonderfonds, um wenigstens Teile des Konzerns zu retten

Seite 5

Zukunft gestalten

In den kommenden 15 Jahren gehen 1,7 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in den Ruhestand. DGB und Gewerkschaften fordern neue Wege, um den demografischen Wandel zu gestalten

Seite 7

Gute Dienstleistungen

Wolfgang Uellenberg-van Dawen (ver.di) fordert als Voraussetzung für gute Dienstleistungen gute Arbeit und eine aktive Dienstleistungspolitik

plusminusBERLIN

+ **„Bundeswirtschafts- und Umweltministerium wollen die Energiewende nun einvernehmlich voranbringen. „Wir haben entschieden, uns zu mögen“, verkündete der neue Mann für das Umweltministerium Peter Altmaier (CDU).**

- **Zu viel Staat könne nur schaden, begründet der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Rainer Brüderle die ablehnende Haltung seiner Partei zum Mindestlohn und einer gesetzlichen Frauenquote.**



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bit.ly/3sat_doku_ball
Die 3Sat-Dokumentation „Der Ball ist rund“ zeigt, unter welchen Bedingungen in Pakistan Fußball produziert werden

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
ILO-Dokument: „Jugendarbeitslosigkeit in der Krise: Zeit zum Handeln“

Fachkräftebedarf

Regierung hat versagt

Mit einer breit angelegten Werbekampagne im In- und Ausland will die Bundesregierung den Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten Fachkräften decken. Vorgestellt wurde die Fachkräfteinitiative unmittelbar vor dem zweiten Fachkräftegipfel der Bundesregierung gemeinsam mit den Sozialpartnern am 5. Juni. Einig waren sich Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften dort insbesondere darüber, dass alle Anstrengungen unternommen werden sollen, die 1,5 Millionen jungen Menschen

in Deutschland ohne Berufsabschluss weiter zu qualifizieren. Nicht durchsetzen konnten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften mit ihrer gemeinsamen Forderung nach einem Punktesystem für die Einwanderung zusätzlicher Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern.

Während Bundeskanzlerin Angela Merkel die bisherigen Maßnahmen zur Fachkräftesicherung positiv bewertet, fällt die Bilanz der Gewerkschaften dürrtig aus. Von der beim ersten Fachkräfte-Gipfel verabschiedeten Erklärung sei we-

nig umgesetzt worden, kritisiert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Die Bundesregierung habe es zudem in den letzten Jahren nicht geschafft, die inländischen Fachkräftepotenziale zu heben. „Das Jammern von Arbeitgebern und Regierung über einen Fachkräftemangel ist unglaublich, solange immer noch zu wenig getan wird für die Beschäftigung und Weiterbildung von jungen Menschen, Frauen, Migranten und Älteren“, so Sommer. Wer Fachkräfte aus dem Ausland werben wolle, müsse auch die entsprechenden Arbeits- und Entgeltbedingungen bieten. „Da hilft auch keine bunte Werbekampagne“, so der DGB-Vorsitzende. ●

Leiharbeit

Finales Urteil

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat Ende Mai bestätigt, dass die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit (CGZP) zu keinem Zeitpunkt tariffähig war. Alle von der CGZP geschlossenen Tarifverträge sind damit nichtig. Über Jahre hätten Leiharbeitsfirmen mit Hilfe der Pseudogewerkschaft CGZP die Löhne gnadenlos gedrückt, so der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg. Zehntausende LeiharbeiterInnen seien ausgebeutet worden. Die Leiharbeitsfirmen hätten planmäßig die Zeche geprellt. „Mitleid ist da nicht angebracht“, so Möllenberg. ●

www.dgb.de/I6W2

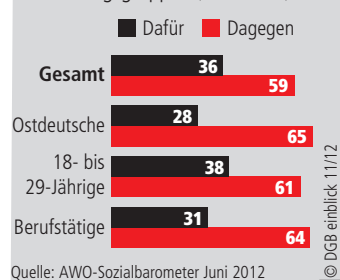
Betreuungsgeld

Rückwärts gewandt

Das Betreuungsgeld wird nicht nur von den Gewerkschaften strikt abgelehnt. Ein „rückwärtsgewandtes Signal“ ist für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, wenn ab 2013 Eltern Geld erhalten, wenn sie ihre Kinder nicht in einer öffentlichen Kindertagesstätte betreuen lassen. Seine Stellvertreterin Ingrid Sehrbrock fordert, das Geld lieber „für eine Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur“ auszugeben. Nach dem aktuellen „Sozialbarometer“ der Arbeiterwohlfahrt (AWO) lehnen 61 Prozent der unter 30-Jährigen den Plan der Bun-

Mehrheit dagegen

Haltung zur Einführung des Betreuungsgeldes in der wahlberechtigten Bevölkerung und ausgewählten Bevölkerungsgruppen (in Prozent)



Die Mehrheit der Deutschen hält nichts vom Betreuungsgeld.

desregierung ab. Dennoch wird die schwarz-gelbe Koalitionsregierung die Milliarden-Ausgabe wohl beschließen. Schließlich stehe es so im Koalitionsvertrag. ●

Mindestlohn

Lob von der Arbeitgeberseite

Eine positive Bilanz zieht der Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) zu dem seit einem Jahr geltenden Branchen-Mindestlohn. Die Entscheidung für den Mindestlohn sei für „unsere Mitgliedsunternehmen, aber vor allem für deren Beschäftigte eindeutig richtig“ gewesen, erklärt BDSW-Präsident Wolfgang Waschulewski. Trotz Mindestlohn sei die Beschäftigtenzahl um 4,2 Prozent gestiegen. ●

IG Metall

Solarindustrie erhalten

Der Bundesregierung fehlt ein schlüssiges Energiekonzept, kritisiert Detlef Wetzels, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Die Solarindustrie werde deshalb zum „Kostenbuhmann aufgebaut“. Wetzels fordert einen industriepolitischen Aktionsplan für die Photovoltaik. Die Industrie brauche „Chancengleichheit gegenüber der Konkurrenz aus anderen Industrieregionen“, damit der Wettbewerb „nicht über Lohndumping ausgetragen wird“. ●

Einzelhandel

Kein Mindestlohn im Supermarkt

Einen bundesweiten Mindestlohn wird es im Einzelhandel in absehbarer Zeit nicht geben. Nach den Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) seien weniger als 50 Prozent der Beschäftigten tarifgebunden. Stimmt die Zahl des IAB, kann ein zwischen ver.di und dem Einzelhandelsverband HDE ausgehandelter Mindestlohn nicht für allgemeinverbindlich erklärt werden. Laut IAB arbeiten im Westen rund 44 Prozent der MitarbeiterInnen im Einzelhandel in einem tarifgebundenen Betrieb, im Osten sogar nur 27 Prozent. Hinfällig wäre eine solche Unterscheidung, wenn die Bundesregierung sich für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, den die Gewerkschaften seit langem fordern, entscheiden würde. Der HDE fordert, die Hürden zur Einführung von Mindestlöhnen zu senken und die gesetzliche Regelung zur Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu reformieren. ver.di will die IAB-Daten prüfen. ●

Friedrich-Ebert-Stiftung

Gezielte Ost-Förderung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat eine Studie zum Aufbau Ost vorgelegt. Die AutorInnen gehen davon aus, dass bis 2019 – wenn der Solidarpakt II ausläuft – die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West nicht erreicht sein wird. Anhand von Expertenbefra-

gungen und der Auswertung von Fachliteratur empfehlen sie Instrumente, „mit denen eine zielgenaue Förderung“ in Zukunft erreicht werden könne. Entscheidend sei unter anderem die Sicherung von Fachkräften. Der demografische Wandel und die anhaltende Abwanderung von Fachkräften betreffe den Osten besonders negativ, heißt es in der Studie „Ostdeutschland 2020 – Die Zukunft des ‚Aufbau Ost‘“. ● www.bit.ly/FESStudie

Schlecker-Aus

„Wir brauchen einen Sonderfonds“

Rund 25 000 Beschäftigte stehen nach dem Aus für die Drogeriemarktkette Schlecker vorerst vor dem Nichts. Der Verlust von sozialer Sicherheit und persönlicher Lebensplanung droht.

Wenig Aussicht auf Erfolg – das ist wohl das Fazit, das man für die Schlecker-Frauen angesichts des bundesweiten Arbeitsmarktes im Einzelhandel ziehen muss. Denn bundesweit stehen rund 25 000 offenen Stellen 300 000 Arbeitssuchende gegenüber.

Die Schlecker-Frauen, Gewerkschaften und auch die Oppositionsparteien in Bund und Ländern sind in den letzten Wochen für eine Transfergesellschaft eingetreten. Doch vergeblich: Die „Kaltschnäuzigkeit der FDP-Seite“, so ver.di-Chef Frank Bsirske, verhinderte ein Eingreifen der Bundes- und Landesregierungen. So werden noch über 90 Prozent der bereits im März gekündigten Beschäftigten in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) geführt oder nehmen an Maßnahmen der BA teil. Zuvor hatten mehrere FDP-Landesminister ihre Zustimmung zu einer Bürgschaft für einen Kredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) verweigert. ver.di-Landeschef Uwe Klemens aus Rheinland-Pfalz wirft ihnen denn auch vor: „Mit ihrer Weigerung für die erste Kündigungswelle Transfergesellschaften zu finanzieren, haben Rösler, Brüderle und Co. dafür gesorgt, dass Schlecker jetzt vollständig absäuft.“

Dabei hatten die verbliebenen fast 14 000 Schlecker-Beschäftigten deutlich zu erkennen gegeben, dass sie sich an der Unternehmenssanierung mit eigenen Beiträgen beteiligen wollen. Rund 75 Prozent erklärten gegenüber der Gewerkschaft ver.di, für drei Jahre auf Sonderzahlungen und tarifliche Lohnerhöhungen verzichten zu wollen, wenn die Weiterbeschäftigung gesichert ist. Der Gläubigerausschuss – allen voran die Allianz-Tochter Euler Hermes – entschied

trotzdem, dass man an einer Sanierung nicht interessiert ist. Zu den Großgläubigern gehören dabei auch die Schlecker-Kinder Lars



Schlecker-Frauen demonstrieren am Tag der Entscheidung des Gläubiger-Ausschusses vor dem Kanzleramt in Berlin.

und Meike. Nun könnten Lars und Meike Schlecker möglicherweise noch Profit aus der Unternehmenserschlagung ziehen. Ihre Forderungen summieren sich auf rund 176 Millionen Euro.

Am Ende stimmte dann auch die Versammlung aller Gläubiger der Zerschlagung des Schlecker-Imperiums zu und besiegelt so auch das Schicksal der noch verbliebenen 14 000 Beschäftigten. Noch ungeklärt ist dabei die Zukunft der Märkte Schlecker XL sowie IhrPlatz. Nachdem zunächst von einer Rettung dieser beiden Unternehmen die Rede war, hieß es unmittelbar vor Redaktionsschluss, dass Euler Hermes sein Veto gegen den Rettungsplan eingelegt habe. Kommt es auch hier zur Zerschlagung, geht es um weitere 5000 Beschäftigte in über 800 Filialen.

Die ver.di-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg Leni Breymaier bezeichnet die Vorgänge als „Katastrophe für die Schlecker-Frauen und Schande für die soziale Marktwirtschaft“. ver.di-Chef Bsirske fordert einen „Son-

derfonds bei der BA und zwei bis drei Monate Zeit“, um wenigstens Teile des Konzerns zu retten. Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der BA, hat dazu seine eigene Meinung und sieht „gute Jobchancen für die vor der Entlassung stehenden Mitarbeiter“. Alt weiter: „Die

BA sucht bereits nach neuen Beschäftigungsmöglichkeiten. Wir führen Gespräche mit Amazon, McDonald's, Lidl oder dem Dänischen Bettenlager.“

DGB-Chef Michael Sommer kritisiert die „grausige Kälte“ der FDP. Mit der Transfergesellschaft hätte man die nötige Zeit gewonnen, um den Betroffenen „Betreuung und Qualifizierung“ zu verschaffen. Viele Schlecker-Beschäftigte sind über fünfzig, das Durchschnittsalter liegt bei Ende vierzig. Oft sind es alleinerziehende Mütter, familiär und regional gebunden. „Sie können nicht einfach ihre Sachen packen und alles hinter sich lassen. Für viele endet die Suche nach Arbeit wahrscheinlich im Niedriglohn-Ghetto der Minijobs“, sagt der DGB-Vorsitzende. So sieht es auch Miriam Wunderlich, Betriebsrätin bei Schlecker in Schwerin. „Die Frauen verlieren jetzt ihren Arbeitsplatz. Es wurde keine Transfergesellschaft eingerichtet. Man ist allein und hat gar keine Perspektive. Wie es in der Zukunft aussieht? Keine Ahnung, ich weiß es nicht.“ ●

Denver, Dallas, Ehingen

1974: Anton Schlecker eröffnet in Ehingen (Schwaben) den ersten Drogeriemarkt. Niedriglöhne, ungesicherte Beschäftigung und damit preisgünstige Ware sowie das Konzept, überall hinzugehen, wo sonst kaum Einzelhandel ist, begründen den Erfolg der Schlecker-Kette. 1984 wird die 1000. Filiale eröffnet. Bis Anfang der neunziger Jahre wächst die Kette auf über 5000 Läden.

In den Neunzigern wächst auch die Kritik: Schlechte Bezahlung und unmögliche Arbeitsbedingungen sorgen für wachsenden Unmut. Allmählich halten Betriebsräte und Gewerkschaften Einzug – sehr zum Unwillen Anton Schleckers. Der reagiert mit Filialschließungen und anschließender Neueröffnung unter dem Namen Schlecker XL. Zuvor tariflich entlohnte Beschäftigte dürfen dort über die Schlecker-eigene Personalvermittlung Meniar weiter arbeiten, freilich ohne Betriebsrat und für 6 Euro die Stunde.

Wachsende Konkurrenz und ein zunehmendes Verbraucherbewusstsein führen dazu, dass immer weniger Kunden bei Schlecker einkaufen. Am 23. Januar 2012 meldet das Unternehmen Insolvenz an. Anfang März werden 11 000 Mitarbeiterinnen entlassen, der Insolvenzverwalter scheitert bei dem Versuch, für die Reste des Imperiums einen Käufer zu finden.

Kooperation

Gute Arbeit über Grenzen

Gute Arbeit in der Ernährungswirtschaft auf beiden Seiten der Oder: Das ist das Ziel der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeit (KOWA) an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Mit dem Projekt „Transparente Arbeitsbedingungen – auf beiden Seiten der Oder“ sollen deutsche und polnische GewerkschafterInnen gemeinsam ein Konzept für eine grenzüberschreitende Auszeichnung „Gute Arbeit“ in der Ernährungswirtschaft entwickeln. Der Geschäftsführer der NGG-Region Berlin-Brandenburg Uwe Ledwig

erklärt: „Wenn das Siegel glaubwürdig ist, kann es auch wirksam sein, und die Verbraucher können mit ihrem Einkauf etwas beeinflussen.“

Die Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg Doro Zinke sieht die Möglichkeit, voneinander zu lernen und verschiedene Dimensionen guter Arbeit zu diskutieren. Das Projekt läuft bis August 2013. Partner sind der DGB Berlin-Brandenburg, die NGG-Region Berlin-Brandenburg, die Europa-Universität Viadrina, der Polnische Gewerkschaftsbund der Lebensmittelindustrie (in der OPZZ) und NSZZ Solidarność sowie die polnische staatliche Arbeitsinspektion (PIP). •

www.kowa-ffo.de



WSI

Neues Genderportal

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung hat ein „GenderDatenPortal“ im Internet freigeschaltet. Die Seite präsentiert hunderte von Daten und Grafiken rund um die Berufstätigkeit von Frauen und Männern. Die Startver-

sion umfasst die Themenschwerpunkte Arbeitszeit, Erwerbstätigkeit, Entgelt und Führungsposition.

So zeigt eine aktuelle Auswertung, dass sich die (bezahlten) Arbeitszeiten von Männern und Frauen immer deutlicher voneinander unterscheiden. Während Männer immer öfter mehr als 41 Stunden arbeiten, mussten überwiegend Frauen sehr kurze Arbeitszeiten hinnehmen. Dadurch hat sich die Schere weiter geöffnet. 2010 haben Frauen 9,5 Stunden weniger in der Woche gearbeitet als Männer. 1991 lag der Unterschied noch bei weniger als sieben Stunden. Die WSI-ExpertInnen kritisieren den großen Nachholbedarf in Sachen Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt. •

www.wsi.de/genderdatenportal

Kampagne Saubere Kleidung

Kampf für Abfindung

18 Prozent Gewinnzuwachs konnte der Sportartikelhersteller adidas 2011 verbuchen – zur Freude der Aktionäre. Geht es um ArbeitnehmerInnen in Indonesien, dann ist das Unternehmen weniger spen-

dabel, kritisiert die Kampagne für Saubere Kleidung. Denn adidas weigert sich, die gesetzlich zustehende Abfindung nach einer illegalen Werksschließung durch einen Zulieferbetrieb in Höhe von

ver.di

Literaturpreis ausgeschrieben

Bereits zum neunten Mal hat der ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg einen Literaturpreis ausgeschrieben. Vergeben wird der Preis in diesem Jahr an AutorInnen von Kinder- und Jugendbüchern. Die BewerberInnen müssen ihren Wohnsitz in Berlin oder Brandenburg haben. Zudem darf das Werk nicht von den AutorInnen selbst verlegt und finanziert worden sein. Einsendeschluss ist der 31. August. Dotiert ist der Preis mit 5000 Euro. Preisträgerin im vergangenen Jahr war Saskia Fischer für ihren Gedichtband „Scharmützelwetter“. Einsendungen an: ver.di, Fachbereich 8/VS, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. •

DGB-Broschüre

Lohnsteuer ABC

Wie verbuche ich Weiterbildungskosten? Wie hoch ist der Ausbildungsfreibetrag für Kinder? Diese und viele weitere Fragen beantwortet der DGB in der Broschüre „Das ABC von 36 Lohnsteuer-Grundbegriffen 2012“. Arbeitsmittel oder Reisekosten: Der DGB erklärt, was ArbeitnehmerInnen beachten müssen. Grafiken verdeutlichen Rechenbeispiele und geben Hinweise auf Gesetze. Die Broschüre kann für einen Euro zzgl. Porto und Versandkosten beim DGB-Bestellservice bestellt werden. •

www.bit.ly/dgb_lohnsteuer

Auto Club Europa

Tipps für EM-Anreise

Der Auto Club Europa (ACE) rät Fußball-Fans bei der Anreise zur Europameisterschaft in Polen und der Ukraine, sich auf ungewohnte Verkehrsbedingungen einzustellen. Vor allem in der Ukraine seien die Straßenbedingungen nicht mit denen in Mitteleuropa zu vergleichen. So gebe es dort lediglich um die Hauptstadt Kiew ein Netz von Autobahnen. Die Treibstoffversorgung sei nicht immer optimal und bleifreies Benzin nicht überall erhältlich. Darum rät der ACE, möglichst vollzutanken. Weitere Infos für Autofahrer zur EM gibt es im Internet. •

www.bit.ly/em_anreise

interregio

••• Der **DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg** lädt alle ArbeitnehmerInnen dazu ein, an der **Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“** teilzunehmen. Jeder geradelte Kilometer sei gelebter Klimaschutz, so der DGB. Alle Teilnehmenden, die vom 1. Juni bis zum 31. August mindestens 20 Tage mit dem Rad zur Arbeit fahren, können Fahrräder, Radzubehör, Reisen und Wellness-Gutscheine gewinnen. Dazu muss man sich auf der Homepage anmelden. Infos:

www.mit-dem-rad-zur-arbeit.de

••• Der **DGB Thüringen** hat sich mit Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Antifa-Gruppen zu einem **Bündnis gegen das geplante Rechtsrockfestival in Gera** am 7. Juli zusammengeschlossen. Die InitiatorInnen wollen gegen das seit zehn Jahren in Gera stattfindende Rechtsrock-Konzert demonstrieren: „Es gilt, ein klares und eindeutiges Zeichen gegen Nazis und Menschenfeinde zu setzen. Dies sollte Aufgabe aller couragierten Menschen sein.“

www.gera-nazifrei.com

1,8 Millionen US-Dollar zu zahlen. Mit einer Eilaktion soll adidas unter Druck gesetzt, per E-Mail Vorstand und Aufsichtsrat zum Umdenken bewegt werden. Die Kampagne fordert zudem, die ArbeiterInnen in neue Jobs zu vermitteln und die örtlichen Gewerkschaften DPC, SPSI und TSK mit einzubeziehen. •

Infos zur Eilaktion: www.bit.ly/ccc_aktion

GEWERKSCHAFTEN

Öffentlicher Dienst

Die Zukunft gestalten

In den kommenden 15 Jahren werden im öffentlichen Dienst rund 1,7 Millionen Beschäftigte in den Ruhestand gehen. DGB und Gewerkschaften fordern neue Wege, um den demografischen Wandel zu gestalten. Mehr Neuzugänge, aber auch altersgerechte Arbeitsbedingungen sollen her. Mit einem Modellprojekt zeigt ver.di, wie das aussehen kann.

Berechnungen des DGB, basierend auf den Zahlen des Statistischen Bundesamtes, machen deutlich, was auf den öffentlichen Sektor bis zum Jahr 2027 zukommen wird. Rund 686 000 BeamtenInnen und rund eine Million ArbeitnehmerInnen des öffentlichen Dienstes (ÖD) gehen in den Ruhestand. Gleichzeitig werden schätzungsweise nur eine Million neu ausgebildete Beschäftigte hinzukommen. Macht ein Defizit von rund 700 000 Beschäftigten. Karsten Schneider, Leiter der Abteilung Beamte und öffentlicher Dienst beim DGB-Bundesvorstand, kritisiert die Po-

deshalb sofort mit dem Aufbau von Personal begonnen werden.

Problematisch ist dabei: Seine Vormachtstellung als Musterarbeitgeber droht der öffentliche Dienst zu verlieren. Studien weisen darauf hin, dass die Beschäftigten zunehmend über schlechtere Arbeitsbedingungen klagen. So zeigt eine Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit, dass nur 18 Prozent der Beschäftigten im ÖD ihre Arbeitssituation positiv bewerten. 27,4 Prozent sind sehr unzufrieden mit den Arbeitsbedingungen. Sie beklagen unter anderem mangelnden Respekt, körperliche Schwer-

Hinblick auf die Förderung der Gesundheit der Beschäftigten tritt der öffentliche Dienst keineswegs als ‚Musterarbeitgeber‘ in Erscheinung.“ ver.di fordert deshalb, physische und psychische Belastungen durch Gefährdungsbeurteilungen zu erfassen.

An anderer Stelle gestaltet ver.di bereits den Wandel im öffentlichen Dienst. Mit dem Modellprojekt „Beruf und Pflege besser vereinbaren – Altersgerechte Arbeitsbedingungen gestalten“ sollen alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst umgesetzt werden. Ziel ist es, den demografischen Wandel gemeinsam mit Personalräten und kommunalen Arbeitgebern zu meistern. Wie zum Beispiel in Konstanz: Dort bieten die technischen Betriebe gesundheitlich eingeschränkten KollegInnen Alternativen an. Auf so genannten Lastenfuhrädern reinigen sie Gehwege und Straßen von Leichtmüll wie Zigarettenschachteln oder Plastiktüten. BürgerInnen und Beschäftigte schätzen diese Form der altersgerechten Arbeit.

Ein weiteres Beispiel liefern die Marburger Kindertagesstätten. Hier können ErzieherInnen, die das 55. Lebensjahr überschritten haben, mit einer Zusatzqualifikation spezielle Funktionen in der Kita übernehmen. So erkunden sie mit den Kindern den Wald, üben Deutsch oder lernen die Umwelt näher kennen. Zudem sind Arbeitsprozesse neu geregelt worden, sodass Heimarbeitsstage genutzt werden können. Das erleichtert die Pflege von Angehörigen. Bis 2013 können sich weitere kommunale und öffentliche Arbeitgeber am ver.di-Projekt beteiligen.

Neben solchen Maßnahmen fordern DGB und die Gewerkschaften eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Weiterbildung und einen gleichberechtigten Zugang von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen zum öffentlichen Dienst. •

Forum mit Tradition

Zum 15. Mal ist das Rathaus im Berliner Stadtteil Schöneberg am 28. und 29. November 2012 Tagungsort für das Schöneberger Forum, der Jahrestagung für den öffentlichen Sektor. Das

Motto in diesem Jahr: „Zwischen Bürgerbeteiligung und Arbeitsverdichtung“.

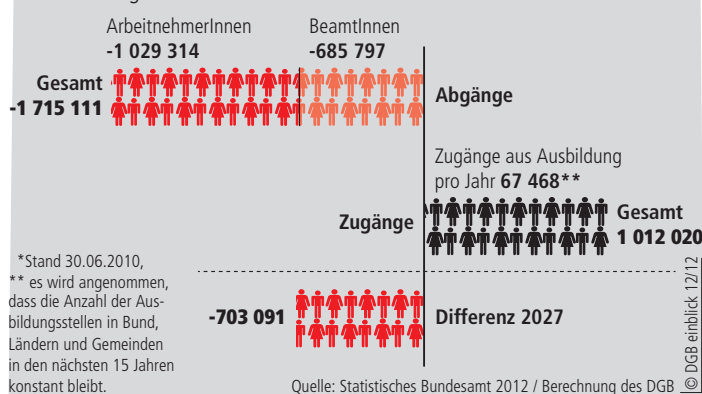
Mehr direkte Demokratie ist zwar in aller Munde, doch Gute Arbeit spielt dabei bisher kaum eine Rolle. Aus diesem Grund wollen der DGB und die Hans-Böckler-Stiftung gemeinsam mit Arbeitgebern, PolitikerInnen, Personalräten und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes über das Thema diskutieren.

So sollen in verschiedenen Foren die unterschiedlichen Schauplätze von Bürgerbeteiligung im öffentlichen Sektor analysiert werden. Etwa in Schulen, bei der Polizei und durch Bürgerbefragungen. Am zweiten Tag stehen Diskussionen zum Streikrecht für BeamtenInnen, zur Gesundheitsprävention, zur Interkulturalität im öffentlichen Dienst und zur Aus- und Weiterbildung auf dem Plan.

Mehr Infos unter:
www.schoeneberger-forum.de

Engpass in Sicht

BeamtenInnen und ArbeitnehmerInnen des öffentlichen Dienstes, die in den kommenden 15 Jahren in Ruhestand gehen, sowie die zu erwartenden Zugänge aus Ausbildung*



Mehr als 1,7 Millionen Beschäftigte scheiden bis 2027 aus dem öffentlichen Dienst aus.

litik: „Wenn die Bundesregierung glaubt, auf eine demografische Herausforderung hinweisen zu müssen, sollten auch konkrete Schlussfolgerungen für den öffentlichen Dienst gezogen werden.“ Um das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen für die BürgerInnen auch in Zukunft zu gewährleisten, müsse

arbeit, einseitige Belastungen und emotionale Überforderung. Über ein Drittel kommt zu dem Schluss, dass sie unter den aktuellen Anforderungen nicht bis zum Rentenalter durchhalten werden.

ver.di-Vorstandsmitglied Achim Meerkamp kritisiert die mangelnde Gesundheitsprävention. „Im

kurz&bündig



Die NGG kritisiert, dass der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, Entgelte und Tarifbindung in der Branche beschönige, so NGG-Vize Michaela Rosenberger. Ein Mindestlohn sei deshalb unverzichtbar.



Die GEW fordert, die Qualität der frühkindlichen Betreuung zu verbessern. So sollen unter anderem befristete ErzieherInnenstellen in dauerhafte Jobs umgewandelt werden. Zudem lehnt die GEW den Einsatz von un ausgebildeten Hilfskräften ab.

HBS-Studie

Jung und ausbildungsreif

Arbeitgeber klagen, immer mehr Jugendliche seien nicht ausbildungsreif. Online-Befragungen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) scheinen diesen Zusammenhang zu bestätigen. Laut DIHK-Umfrage gaben 46 Prozent der Unternehmen an, mit „Ausbildungshemmnissen“ zu kämpfen.

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung stellt nun fest: Wissenschaftlich ist diese Behauptung nicht zu belegen. Die BildungsforscherInnen der Universität Duisburg-Essen und der Sozialforschungsstelle Dortmund kritisieren, dass Probleme beim Übergang zwischen Schule und Berufsausbildung in erster Linie mit Defiziten der Be-

werberInnen begründet würden. Sie weisen die DIHK-Argumentation als nicht überzeugend zurück. Tatsächlich falle auf: Die Branchen mit den größten „Besetzungsproblemen“ böten besonders unattraktive Arbeitsbedingungen und geringe Bezahlung. Auch Daten stützen die These der Arbeitgeber nicht. Im Gegenteil, Zahlen der Bundesagentur für Arbeit belegen, dass die allgemeine Intelligenz zugenommen hat. Logisches Denken und die Fähigkeit, Probleme zu lösen, seien stärker ausgeprägt als vor 20 Jahren. ●

www.bit.ly/hbs_ausbildung

Berliner Bündnis

Ausbeutung stoppen

Das „Berliner Bündnis gegen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung“ (BBGM) hat Empfehlungen entwickelt, wie Menschenhandel und Ausbeutung effektiver bekämpft werden können. Zum Beispiel soll laut BBGM

Arbeitsausbeutung als eigenständiges Delikt fassbar gemacht werden. Die bisherigen gesetzlichen Regelungen reichten nicht aus, um dem Problem gerecht zu werden. Ein gesetzlicher Mindestlohn würde zudem eine wichtige Orientierung liefern, ab wann Arbeitsbedingungen als ausbeuterisch gelten können.

Die Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg Doro Zinke erklärt: „Menschenwürdige Arbeitsbedingungen nutzen allen arbeitenden Menschen – gleich, welcher Herkunft.“ Gezielte Informationspolitik und Unterstützungsangebote, etwa um Lohn- und Entschädigungsansprüche einzufordern, seien wesentliche Elemente im Kampf gegen prekäre und ausbeuterische Beschäftigung. Das BBGM ist 2009 durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen Berlin, den DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg, die Internationale Organisation für Migration und die Internationale Arbeitsorganisation ILO gegründet worden. ●

www.gegen-menschenhandel.de

IG BAU

Schattenwirtschaft bekämpfen

Bei jedem sechsten Arbeitgeber am Bau muss der Zoll nach bundesweiten Kontrollen weiter ermitteln. Insgesamt wurden Mitte Mai im Rahmen einer bundesweiten Schwerpunktprüfung rund 25 000 Beschäftigte und 8500 Unternehmen kontrolliert. Die Kontrolleure stellten mehr als 2500 Rechtsverstöße fest. Demnach gibt es in rund 200 Fällen Hinweise auf Leistungsbetrug, in 680 Fällen Anhaltspunkte für Scheinselbstständigkeit, und mehr als 500 Unternehmen stehen im Verdacht, den Beschäftigten den gesetzlichen Mindestlohn vorzuenthalten.

Der stellvertretende IG BAU-Vorsitzende Dietmar Schäfers erklärt dazu: „Es gibt offenbar eine Form der organisierten Schwarz-

arbeit durch Unternehmen, die zu Lasten regulärer Arbeitsverhältnisse und der Sozialkassen geht.“ Der Missbrauch zeige, dass eine sehr viel stärkere Kontrolle von Baustellen notwendig sei. „Erreicht werden kann das nur, wenn der Staat die Zahl der Zoll-Stellen deutlich aufstockt.“ Schäfers kritisiert, dass die Kontrolleure immer mehr Branchen überwachen müssten, die Zahl der MitarbeiterInnen aber gleich bleibe. Besonders die öffentliche Hand als Bauherr stehe in der Pflicht, für saubere Verhältnisse auf dem Bau zu sorgen. „Wer schon bei der Auftragsvergabe die Preise so niedrig kalkuliert, dass seriöse Unternehmen keine Chance mehr haben, ist mitschuldig am Ausfern der Schattenwirtschaft“, so Schäfers. ●

Anzeige

DEUTSCHLAND IST DIE NR. 3 DER WAFFEN-EXPORTLÄNDER

Setzen Sie ein Zeichen, damit die UNO endlich strikte Kontrollen für den weltweiten Waffenhandel beschließt.

Ihre Stimme rettet Leben.
www.amnesty.de/haendehoch

HÄNDE HOCH FÜR WAFFENKONTROLLE
AMNESTY INTERNATIONAL



Gewerkschaftliche Dienstleistungspolitik

Gute Arbeit – Gute Dienstleistungen

Gewerkschaftliches Engagement für gute Arbeit und damit für gute Dienstleistungen ist notwendiger denn je. Sagt Wolfgang Uellenberg-van Dawen (ver.di) und zeigt Ziele und Handlungsfelder von gewerkschaftlicher Dienstleistungspolitik.

Immer noch gelten Dienstleistungen in unserer Gesellschaft weitgehend als niedrigproduktive Tätigkeiten mit geringer Wertschöpfung, als Arbeit, die auch von un- und angelernten Kräften geleistet werden kann, und soziale Dienstleistungen als typische Arbeit für Frauen, oft als „Hinzuverdienst“. Dem Vorurteil folgen die Fakten: 25 Prozent aller atypisch Beschäftigten arbeiten im Dienstleistungssektor, 58 Prozent aller in der Leiharbeit beschäftigten Frauen sind in Dienstleistungsbranchen eingesetzt. Fast eine Million Minijobs zählt der Einzelhandel, 420 000 das Gesundheitswesen. **Prekäre Arbeit und niedrige Löhne in den Dienstleistungen drücken keine ökonomischen Gesetzmäßigkeiten aus.** Sie sind Ergebnis einer politischen Agenda, die die so genannte Dienstleistungslücke zwischen Deutschland und den angelsächsischen Ländern vor allem durch die Abwertung und Entsicherung von Arbeitsverhältnissen lösen wollte.

Diese Abwertungsstrategie gerät zunehmend in Widerspruch zum wachsenden Stellenwert der Dienstleistungen für die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung. In Deutschland sind mehr als zwei Drittel aller Erwerbstätigen in den Dienstleistungen beschäftigt und tragen zu mehr als 70 Prozent zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung bei. Dienstleistungen sind unverzichtbar für die Industrie – Fachleute sprechen heute von einer hybriden Wertschöpfung durch Produktion und Dienstleistung. Dienstleistungen haben eine zunehmende Bedeutung in der Energiewende, für ein ressourcenschonendes Wachstum, bei der Bewältigung des demografischen Wandels und für die Integration der Gesellschaft.

Dienstleistungspolitik, wie sie zuletzt der ver.di-Kongress 2011 formuliert hat, hat das Ziel, gute Arbeit für die Beschäftigten und damit hochwertige Dienstleistungen für die Menschen durchzusetzen. **Im Unterschied zur Produktionsarbeit bedeutet Dienstleistungsarbeit Arbeit von Menschen für Menschen.** Der DGB-Index Gute Arbeit zeigt die hohen Ansprüche an Dienstleistungsarbeit aus Sicht der Beschäftigten ebenso wie die großen, vor allem psychischen Belastungen durch die teilweise schlechten Arbeitsbedingungen. Das gilt nicht

nur für Dienstleistungsarbeit im Gesundheitsbereich und im Sozialwesen, sondern auch für Dienstleistungen in Branchen wie Transport und Logistik, Telekommunikation oder Forschung und Entwicklung. Kritik, die laut wird etwa an der Qualität von Pflege, an kommunalen Diensten, an Mängeln im Verkehrswesen, im Handel, an Finanzdienstleistungen oder an der Lehre an den Hochschulen weist eindringlich darauf hin, dass Deutschland heute weniger quanti-



Foto: ver.di

Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen ist seit 2008 Bereichsleiter Politik und Planung beim ver.di-Bundesvorstand.

tativ, sondern vor allem qualitativ eine „Dienstleistungslücke“ hat.

Wir brauchen eine Wende in der Dienstleistungspolitik. Notwendig sind Investitionen wie Innovationen. Gerade in den personal- und damit auch kostenintensiven Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und -fürsorge, führt Sparpolitik zu Leistungseinschränkungen und Kostensteigerungen für die Menschen. Wir brauchen nicht den Abbau, sondern den Ausbau vor allem öffentlicher Dienstleistungen. Aber auch in der Privatwirtschaft müssen hochwertige Dienstleistungen systematisch entwickelt und angeboten werden. Eine gezielte Förderung der Dienstleistungs- wie der Arbeitsforschung, die umfassende Professionalisierung der Dienstleistungsarbeit, eine Reform von Aus- und Weiterbildung sowie die materielle Aufwertung von Dienstleistungsarbeit sind notwendig, um die Qualität der Arbeitsbedingungen und damit der Dienstleistungen deutlich zu verbessern. Dazu bedarf es gesellschaftlicher Bewegung, politischer Entscheidungen und auch ökonomischen Drucks.

Die Niedriglohnstrategie hat im Kalkül vieler Unternehmen Investitionen und damit Innovationen in Dienstleistungen erübrigt. Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn ab 8,50 Euro und deutlich höhere Branchenmindestlöhne, der Abbau unsicherer Arbeitsverhältnisse und die faktische Durchsetzung von Entgeltgleichheit und Gleichstellung der Frauen setzen nicht nur der weiteren Ausbeutung der Arbeitskräfte eine klare Grenze, sondern sie wirken auch als „ökonomische Peitsche“ (Kurt Biedenkopf) für hochwertige und innovative Dienstleistungen. ●

Gemeinwohl vor Profit

Dienstleistungen erfahren nicht die Anerkennung, die ihnen gebührt. Um das zu ändern, sprechen sich die Gewerkschaften für eine „gezielte Strategie“ aus, um qualitativ hochwertige Dienstleistungen zu fördern und auszubauen. Im Beschluss zur Dienstleistungspolitik auf dem DGB-Kongress 2010 fordern sie außerdem, die öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken. Die Politik der Entstaatlichung und des Sozialabbaus habe „zur kontinuierlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt“, heißt es in dem verabschiedeten Antrag. Künftig müsse die Devise gelten: „Gemeinwohl vor Profit“.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Mehr Infos zur gewerkschaftlichen Dienstleistungspolitik:



Im Internet

www.wiki-gute-arbeit.de
www.verdi.de

Reden, Anträge und Beschlüsse des 3. ver.di-Bundeskongresses von Oktober 2011 in Leipzig

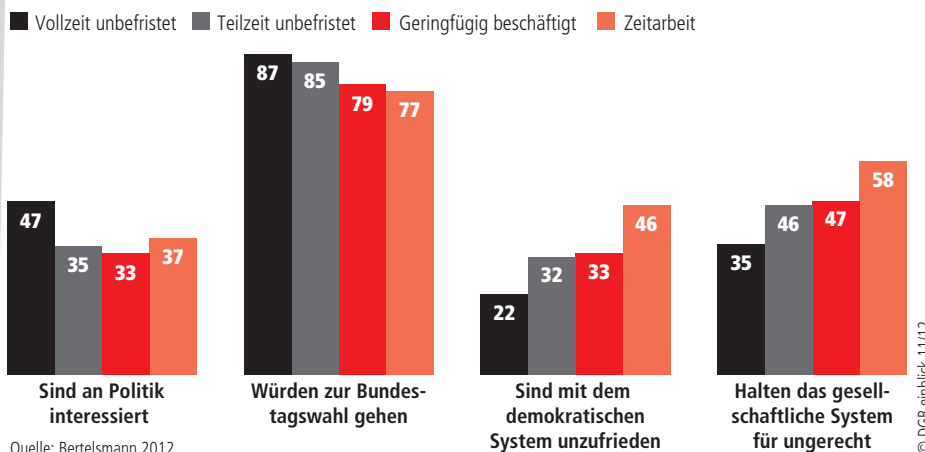
www.fes.de/wiso/content/dienstleistung.php
Arbeitskreis Dienstleistungen von ver.di und Friedrich-Ebert-Stiftung
www.boeckler.de/wsi_37658.htm
„Dienstleistungsarbeit zwischen Niedriglohn, Professionalisierung und Innovation“, Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen 9/ 2011

die DGB grafik

POLITIKVERDROSSENHEIT: Besonders hoch unter prekär Beschäftigten

Leiharbeitskräfte und geringfügig Beschäftigte sind mit der Demokratie unzufrieden. Nach einer repräsentativen Befragung von 1633 ArbeitnehmerInnen durch die Universität Bamberg im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung fühlen sich prekär Beschäftigte besonders benachteiligt. Sie glauben nicht, dass das gesellschaftliche System in Deutschland gerecht ist. Bei den LeiharbeiterInnen sind es 58 Prozent, die an der Gerechtigkeit zweifeln. Doch auch Vollzeitbeschäftigte sehen beim Thema Gerechtigkeit Lücken.

Meinung von ArbeitnehmerInnen zu Politik und Gerechtigkeit in Deutschland (nach Beschäftigungsverhältnissen, in Prozent)



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

11.6. DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagung „Niedriglohnsektor – Chance zum Einstieg in den Arbeitsmarkt oder Sackgasse?“, Berlin

12./13.6. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Innovation nicht ohne Personal und Investition“, Essen

13.6. DGB-Bildungswerk Baden-Württemberg, Seminar „Überwachung und Datenschutz am Arbeitsplatz“, Ostfildern

14.6. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Betriebliche Mitbestimmung in Zeiten von Managementopposition und Unternehmensrestrukturierung“, Düsseldorf

15.6. DGB-Stadtverband

Düsseldorf, Soli-Aktion „Griechenland – Solidarität!“, Düsseldorf

15./16.6. Zentrum für Zusammenarbeit der Gewerkschaften von Niederschlesien und Sachsen, Konferenz „Gute Arbeit in der Grenzregion Niederschlesien – Sachsen“, Myslakowice/Polen

18.6. ver.di und DGB, Tagung „Arbeit und Leben im Lebensverlauf“, Berlin

18.-22.6. Uni Kassel, Hans-Böckler-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung, „8. Internationale Kasseler Sommerakademie zur Gestaltung der Weltwirtschaft“, Kassel

19.6. Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e.V., Tagung „Pfle-

gerische Versorgung – Herausforderung und Entwicklungen“, Berlin

19.6. DGB und Gewerkschaften, Diskussion „Kieler-Woche-Gespräch der Gewerkschaften 2012“, Kiel

20.6. Welttag des Flüchtlings

20.-22.6. Vereinte Nationen, „Rio +20“-Konferenz über nachhaltige Entwicklung, Rio de Janeiro/Brasilien

21.-22.6. IG BCE BWS, Fachtagung „Dual-Studierende im Betrieb“, Bad Münde

22.-24.6. DGB-Bildungswerk, Seminar „ABC der Demokratie – Betzavta für Jugendliche“, Hattingen

23.6. Tag des öffentlichen Dienstes

personalien

••• **Guy Ryder**, 55, ist zum neuen Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gewählt worden. Der Verwaltungsrat, das Exekutivorgan der ILO, wählte ihn mit 30 von 56 Stimmen. Zum Rat gehören RegierungsvertreterInnen und VertreterInnen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der ILO-Mitgliedsstaaten. Ryder folgt **Juan Somavia**, 71, der aus persönlichen Gründen zurücktritt. Die fünfjährige Amtszeit beginnt im Oktober. Ryder, seit 2010 ILO-Exekutivdirektor, war zuvor unter anderem Sekretär beim britischen Gewerkschaftsdachverband TUC und bis 2010 acht Jahre Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB

Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke

Redaktion: Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:**

Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 2420, Internet:

www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel,

Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de

Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork

Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.)

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Beleg-

exemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck

von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Wenn Sie sich mit Leuten treffen, nennen Sie das immer ‚Gipfel‘.“

Hubertus Heil, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, hat am 24. Mai während einer Bundestagsdebatte erklärt, was hinter der schwarz-gelben „Gipfelpolitik“ steckt.

Hartz IV

Kein Zuschlag für stillende Mütter

Stillende Mütter haben keinen Anspruch auf höhere Hartz-IV-Leistungen. Das Gesetz sieht lediglich einen Mehrbedarf während der Schwangerschaft vor, der nicht auf stillende Mütter zu übertragen ist. Das gilt auch, wenn während der Stillzeit ein erhöhter Kalorienbedarf mit Zusatzkosten besteht.

**Sozialgericht Wiesbaden,
Urteil vom 29. Mai 2012 – S 16 AS 581/11**

Hartz IV

Kein Geld für Umzug aus dem Ausland

Ein Empfänger von Hartz-IV-Leistungen, der aus dem Ausland nach Deutschland umzieht, kann vom Jobcenter die Umzugskosten nicht verlangen. Die Einwanderung in das deutsche Sozialsystem soll nicht bezuschusst werden.

**Sozialgericht Mainz,
Beschluss vom 25. Mai 2012 – 10 AS 412/12 ER**

LKW-Fahrer

Finanzamt berücksichtigt Aufwendungen

Ein im Ausland tätiger Fernfahrer, der in der Schlafkabine seines LKW übernachtet, kann nicht die Übernachtungspauschalen der Finanzverwaltung für Auslandsdienstreisen als Werbungskosten geltend machen, denn diese Pauschalen überschreiten die tatsächlich angefallenen Aufwendungen beträchtlich. Abziehbar sind jedoch die tatsächlich angefallenen Aufwendungen. Liegen Einzelnachweise nicht vor, so ist ihre Höhe zu schätzen.

Der Fernfahrer darf die Kosten für die Fahrten von der Wohnung zum LKW (LKW-Wechselplatz) in der tatsächlich angefallenen Höhe als Werbungskosten abziehen; denn der LKW-Wechselplatz ist keine regelmäßige Arbeitsstätte.

**Bundesfinanzhof,
Urteil vom 28. März 2012 – VI R 48/11**

Hartz IV

Münzsammlung ist zu versilbern

Arbeitslose, die wertvolle Briefmarken- oder Münzsammlungen besitzen, müssen diese zuerst verkaufen, bevor ihnen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts bewilligt werden. Das gilt auch dann, wenn der Verkauf nur mit großen Verlusten möglich ist.

**Bundessozialgericht,
Urteil vom 23. Mai 2012 – B 14 AS 100/11 R**

Elterngeld

Kein Anspruch für Mütter im Gefängnis

Während der Verbüßung einer Freiheitsstrafe haben Mütter keinen Anspruch auf Elterngeld, und zwar auch dann nicht, wenn Mutter und Kind in der Justizvollzugsanstalt (JVA) zusammen untergebracht sind. Anspruch auf Elterngeld haben nur solche Eltern, die mit ihrem Kind in einem gemeinsamen Haushalt zusammen leben. Ein solcher Haushalt kann innerhalb einer JVA nicht begründet werden.

**Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 17. Januar 2012 – L 11 EG 2761/10**

Transsexuelle

Kasse zahlt keine Brustvergrößerung

Die Krankenkasse ist nicht verpflichtet, die Kosten einer Brustvergrößerung einer Transsexuellen zu tragen.

Der Fall: Bei der Klägerin, als Mann geboren, wurde nach Östrogentherapie eine geschlechtsangleichende Operation durchgeführt. Die Kosten übernahm die Krankenkasse. Nach Zufuhr von weiblichen Sexualhormonen hatte sich eine mäßige weibliche Brust entwickelt. Eine Steigerung der Hormonzufuhr führte zu keinem weiteren Brustwachstum. Daraufhin beantragte die Klägerin die Kosten für eine operative Brustvergrößerung. Das lehnte die Krankenkasse ab, da sich eine Brust entwickelt habe und ein krankhafter Befund nicht vorliege. Dagegen erhob die Frau erfolglos Klage.

Das Landessozialgericht: Beim geringen Brustwachstum der Klägerin handelt es sich nicht um eine Krankheit, da weder organische Funktionsdefizite oder Beschwerden bestehen noch eine entstellende anatomische Abweichung vorliegt. Der Behandlungsanspruch bei Transsexualität beschränkt sich auf eine deutliche körperliche Angleichung an das andere Geschlecht. Diese kann durch einen operativen Brustaufbau bedeuten, wenn sich keine weiblichen Brüste gebildet haben und eine weitere Hormonbehandlung keinen Erfolg verspricht. Dagegen ist die operative Brustvergrößerung auch zur Behandlung eines besonders tief greifenden Transsexualismus Mann-zu-Frau keine notwendige Krankenbehandlung. Es besteht nur ein Anspruch auf eine deutliche Annäherung an den weiblichen Körper. Insoweit gelten für Transsexuelle Mann-zu-Frau keine anderen Maßstäbe als für genetische Frauen, bei denen auch bei erheblichem psychischen Leidensdruck eine Brustvergrößerung keinen Behandlungsanspruch zu Lasten der Krankenkasse auslöst.

**Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 25. Januar 2012 – L 5 KR 375/10**

Seniorenstudium

Bleibt bei der Rente unberücksichtigt

Ein so genanntes Seniorenstudium ist nicht als Anrechnungszeit bei der Berechnung der Altersrente zu berücksichtigen.

Der Fall: Die 1950 geborene Versicherte hatte von 1969 bis 2006 als Arzhelferin gearbeitet. Während ihrer Arbeitslosigkeit von Herbst 2007 bis Frühjahr 2010 absolvierte sie ein Seniorenstudium in einer Pädagogischen Hochschule. Diese verlieh ihr ein berufsfeldorientiertes Zertifikat, wonach sie das Zusatzstudium „Journalistische Bildung“ mit Erfolg absolviert habe. Bei der Berechnung ihrer Altersrente berücksichtigte der Rentenversicherungsträger die Zeit der Arbeitslosigkeit ohne Leistungsbezug als Anrechnungszeit. Die Berücksichtigung als zusätzliche Anrechnungszeit wegen Hochschulausbildung lehnte er ab. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Ziel des Studiums ist der Erwerb einer bestimmten beruflichen Qualifikation. Darauf muss auch das Studium ausgerichtet sein. Die Klägerin ist aber nicht für einen bestimmten Beruf ausgebildet worden, denn sie hat gerade kein vollständiges Journalistikstudium durchlaufen, das ihr den Beruf des Journalisten eröffnet hätte. Sie kann sich weder als Journalistin noch als Redakteurin bezeichnen. Dass sie in der Vergangenheit bereits journalistisch tätig war und dies weiterhin sein möchte, ist unerheblich. Dafür ist das Zusatz- bzw. Seniorenstudium nicht erforderlich.

**Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 17. Februar 2012 – L 4 R 2791/11**